Stadt Zürich
Gemeinderat

GR Nr. 2026/ 631

11. November 2026

Schriftliche Anfrage

von Marita Verbali (FDP),
Ariane Buchli (FDP)
und Patrik R. Brunner (FDP)

In der Stadt Zürich leben schätzungsweise 10'000 Sans-Papiers. Die Stadt unterstützt diese mit verschiedenen Angeboten, insbesondere in der Beratung und Gesundheitsversorgung.

Die Unterstützung von Menschen in prekären Lebenssituationen ist wichtig. Gleichzeitig stellt sich die Frage, welche Anstrengungen unternommen werden, um die Ursachen irregulärer Aufenthalts- und Beschäftigungsverhältnisse zu bekämpfen. Gemäss einer Studie im Auftrag des Kantons Zürich ist der Arbeitsmarkt ein wesentlicher Anziehungsfaktor für Sans-Papiers. Besonders häufig sind Beschäftigungen in Privathaushalten, etwa in der Reinigung, Kinderbetreuung und Betreuung älterer Menschen. Auch andere Branchen sind betroffen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Stadtrat über die Ursachen und Hintergründe des irregulären Aufenthalts von Sans-Papiers in der Stadt Zürich vor? Welche Bedeutung haben dabei insbesondere die Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und die Nachfrage nach nicht bewilligten Arbeitskräften?
2. In welchen Branchen und Tätigkeitsbereichen sind Sans-Papiers in der Stadt Zürich hauptsächlich beschäftigt? Liegen aktuelle Erkenntnisse über das Ausmass der Beschäftigung in Privathaushalten, der Gastronomie, im Reinigungsgewerbe und in weiteren Branchen vor?
3. Welche konkreten Massnahmen ergreift die Stadt Zürich, um die illegale Beschäftigung von Personen ohne Arbeitsbewilligung und die damit verbundene Schwarzarbeit zu verhindern und zu bekämpfen? Welche Massnahmen richten sich insbesondere an Arbeitgebende?
4. Wie arbeitet die Stadt Zürich bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigungsverhältnisse mit den zuständigen kantonalen Behörden zusammen? Wie viele entsprechende Verdachtsfälle wurden in den vergangenen fünf Jahren durch städtische Stellen gemeldet, und welche Ergebnisse sind bekannt?
5. Welche Massnahmen bestehen, um private Arbeitgebende über ihre gesetzlichen Pflichten bei der Beschäftigung von Haushalts-, Reinigungs- und Betreuungspersonal zu informieren? Wie beurteilt der Stadtrat deren Wirksamkeit, und sieht er zusätzlichen Handlungsbedarf?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, die Nachfrage nach nicht bewilligten Arbeitskräften in besonders betroffenen Branchen zu reduzieren? Welche zusätzlichen Massnahmen könnte die Stadt Zürich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ergreifen?
7. Inwiefern werden bei der städtischen Sans-Papiers-Politik neben der Beratung und Unterstützung auch die Prävention irregulärer Beschäftigungsverhältnisse und die Bekämpfung ausbeuterischer Arbeitsbedingungen berücksichtigt? Bestehen dazu konkrete Ziele und Massnahmen?
8. Ist der Stadtrat bereit, gemeinsam mit dem Kanton eine verstärkte, auf die Ursachen ausgerichtete Präventions- und Kontrollstrategie zu entwickeln, insbesondere im Bereich der Beschäftigung in Privathaushalten und weiteren betroffenen Branchen? Falls ja, welche Schritte sind bis wann vorgesehen? Falls nein, weshalb nicht?